

## **Bericht des Vorsitzenden**

### **zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

### **am 30. November 2010**

#### **I. Die politische Lage in Deutschland**

- **Taktischer Koalitionsbruch der Grünen.** Der Rückzug der Grünen aus der Koalition in Hamburg ist eine Flucht aus der Verantwortung. Ein wirklich überzeugendes Motiv für den Koalitionsbruch fehlt. Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung der Stadt Hamburg und das Ansehen der parlamentarischen Demokratie lassen sich die Grünen in ihrem Handeln – wie auch schon in der außerparlamentarischen Auseinandersetzung um Stuttgart 21 – vor allem von einem machttaktischen Kalkül leiten. Ihr Rückzug aus der Koalition ist der offenkundige Versuch, das aktuelle Umfragehoch auszunutzen. Doch wer mit Blick auf die eigenen Umfragewerte Neuwahlen herbeiführt, wird letztlich bei den Bürgerinnen und Bürgern kein Vertrauen gewinnen. Im Gegensatz zu den Grünen steht Hamburgs Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus für einen verbindlichen und verlässlichen Stil in der Politik. Er hat in kürzester Zeit hohe Anerkennung in der Bevölkerung für seine Arbeit gewonnen und ist Garant dafür, dass Hamburg unter Führung der CDU seine überaus positive Entwicklung fortsetzen kann.

Dass die Grünen aus rein taktischen Erwägungen die gemeinsame Arbeit in Hamburg beenden, reiht sich nahtlos in die Entwicklung der vergangenen Monate ein: Spätestens mit den sozialpolitischen Beschlüssen des Freiburger Parteitages ist deutlich geworden, dass innerhalb der Grünen erneut der linke Flügel Konjunktur hat. Durch Neuwahlen in Hamburg will dieser nun Schwung holen, um dann in einer rot-grünen Koalition mit der Elbvertiefung ein wichtiges Infra-

strukturprojekt zu verhindern, das die Grünen in der Regierungsverantwortung noch mitgetragen haben.

- **Finanzminister beschließen Hilfe für Irland und Krisenmechanismus.** Im Interesse einer Beruhigung der Lage an den europäischen Finanzmärkten und der Stabilisierung des Euros haben sich die Finanzminister der Eurogruppe und des ECOFIN am Wochenende darauf verständigt, Irland finanziellen Beistand unter Auflagen zu gewähren. Die Hilfen von Seiten der Europäischen Union und des IWF belaufen sich auf insgesamt 85 Mrd. € über eine Laufzeit von 36 Monaten. Verknüpft sind diese Hilfen mit einem ehrgeizigen Anpassungsprogramm für Irland, auf das sich alle Beteiligten am vergangenen Sonntag verständigt haben, mit Ausgabenbeschränkungen von 10 Mrd. € in den nächsten vier Jahren. Gleichzeitig haben sich die Eurogruppe und die EU-Kommission auf die Grundzüge eines dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verständigt. Die Bundesregierung hat dabei in schwierigen Verhandlungen durchgesetzt, dass im Falle einer drohenden Insolvenz von Mitgliedstaaten in einem geordneten Verfahren auch die privaten Gläubiger in die Maßnahmen zur Stabilisierung einbezogen werden. Verbunden mit der Formulierung strenger Auflagen für das Schuldnerland wird die Gewährung finanzieller Hilfen an dessen Bereitschaft geknüpft, durch eigene Anstrengungen eine nachhaltige Verbesserung der Lage zu erreichen.
- **Umweltpolitik der Union ist wegweisend.** Das Bundeskabinett hat heute den Umweltbericht 2010 verabschiedet. Er ist eine Bilanz unserer umweltpolitischen Erfolge: Wir haben ein Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung vorgelegt. Deutschland ist es gelungen, unser im Kyoto-Protokoll international vereinbartes Ziel der Treibhausgasreduktion (minus 21% 2010 ggü. 1990) nach dem derzeitigen Stand über zu erfüllen (Ende 2009 minus 28,7 % ggü. 1990). Zehn Jahre nach der Verabschiedung des EEG beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien erstmals mehr als 10 % am gesamten Endenergieverbrauch. Rund 340.000 Menschen finden in diesem Bereich direkt und indirekt Lohn und Brot. Es ist uns gelungen, das Abfallaufkommen vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Der Wasserverbrauch in Industrie und Haushalten konnte in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt werden. Deutliche Verbesserungen gibt es im Bereich der Luftreinhaltung, des Gewäs-

erschutz und damit auch der Trinkwasserqualität. Allein 100.000 ha gesamtstaatlich repräsentativer Naturschutzflächen des Bundes wurden bis 2009 als Nationales Naturerbe gesichert. Auch trägt der Umweltschutz nicht unwesentlich dazu bei, das Gesundheitssystem zu entlasten. Die Energieeffizienz der Kraftfahrzeuge verbessert sich seit Jahren. 2009 wurde bei Pkw-Neuzulassungen ein durchschnittlicher CO<sub>2</sub>-Wert von 154 Gramm CO<sub>2</sub> pro km erreicht. Ein wesentlicher Impuls für diese Entwicklung kam dabei vom Gesetzgeber. Alles in allem eine Bilanz, die sich trotz vieler weiter bestehenden Herausforderungen – wie etwa der Kampf gegen Klimawandel und der Umbau unserer Energieversorgung – sehen lässt. Sie zeigt, Deutschland liegt in Sachen positiver Umweltpolitik in der Weltspitzengruppe und wird diese Position weiter ausbauen.

- **Entwicklung im Iran erfordert unsere Wachsamkeit.** In dieser Woche befassten wir uns im Plenum des Deutschen Bundestages mit der Menschenrechtslage im Iran. Die Vorgänge um das iranische Nuklearprogramm und das Verhalten in den Nachbarstaaten geben seit Jahren Anlass zur Sorge. Auch der Stand der Menschenrechte hat sich in den vergangenen Jahren stetig verschlechtert. Die mutigen Proteste gegen die weder freien noch fairen Präsidentschaftswahlen sind Ausdruck eines wachsenden Unmuts der iranischen Bevölkerung. Die iranische Regierung hat diesen Protest brutal niedergeschlagen, so wie sie auch unabhängige Medienberichterstattung und die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen unterdrückt. Aus diesem Grund war es richtig, dass Deutschland 50 iranische Staatsbürger aufgenommen hat, die vor der Verfolgung durch das iranische Regime in die Türkei geflohen waren.

Besondere Sorge bereitet uns der Zustand des Justizwesens. Willkür und politische Repression sind auch hier an der Tagesordnung. Die Zahl der Hinrichtungen ist in den vergangenen Jahren wieder deutlich angestiegen. Zuletzt hat die Verurteilung von Sakineh Mohammadi Ashtiani zum Tod durch Steinigung weltweit für Empörung gesorgt. Auch wenn die Vollstreckung inzwischen ausgesetzt ist, müssen wir hier wachsam bleiben. Angespannt ist auch die Lage der religiösen Minderheiten, die von zahlreichen Diskriminierungen betroffen sind. Mit unserem Antrag „Menschenrechtslage im Iran verbessern“ machen wir deutlich, dass die gegenwärtige Entwicklung nicht akzeptabel ist und wir uns weiter für

die Menschen im Iran und ihre fundamentalen Rechte einsetzen werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bei der iranischen Regierung weiter auf Einhaltung der internationalen Verpflichtungen zu dringen.

## II. Die Woche im Parlament

- In zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** verabschieden, mit dem in erster Linie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 umgesetzt wird. Das Gericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, die Regelbedarfe für Arbeitssuchende im SGB II und ihrer Kinder neu und transparent zu berechnen. Ergänzend zu den Regelleistungen bekommen Kinder und Jugendliche ein Bildungspaket als Sachleistung, um ihre Chancen auf Bildung und Teilhabe zu steigern. Die Leistungen werden entweder per Gutschein oder im Rahmen eines vereinfachten Abrechnungsverfahrens mit den Anbietern der Leistung erbracht. Des Weiteren werden die Erwerbstätigenfreibeträge weiterentwickelt.
- Der **Bericht der Bundesregierung gemäß § 154 Absatz 4 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre** sowie der **Rentenversicherungsbericht 2010** stehen in dieser Woche zur Debatte an.
- In zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung und zu begleitenden Regelungen** verabschieden, mit dem durch diverse Gerichtsentscheidungen entstandene Schutzlücken verfassungs- und europarechtskonform geschlossen werden. Neben Maßnahmen zur Konsolidierung der primären und dem Ausbau der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung trägt das „Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter“ (ThUG) einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte Rechnung, das zur tatsächlichen bzw. potentiellen Freilassung von Sicherungsverwahrten mit negativer Gefahrenprognose geführt hat. Das System der Führungsaufsicht wird durch die Aufnahme des Instruments der elektronischen Fußfessel erweitert.

- In dieser Woche wollen wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an EU-geführter Operation „Atalanta“ zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias** beschließen. Somalia gehört zu den größten humanitären Krisengebieten weltweit. Die schwierige Sicherheitslage im Land führt auch zu einem hohen Aufkommen von Piraten vor der Küste. Dies ist eine Bedrohung für die internationalen Seewege. Auch viele Hilfsorganisationen mussten ihre Arbeit in Somalia zuletzt stark einschränken oder ganz einstellen, da die Lieferungen des Welternährungsprogramms überwiegend auf dem Seeweg erfolgen. Der Schutz durch die Operation Atalanta ist daher auch für die Versorgung der somalischen Bevölkerung mit Lebensmitteln von zentraler Bedeutung.
- Ebenfalls wollen wir in dieser Woche die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an EU-geführter Operation „ALTHEA“ zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina** beschließen. Auftrag des deutschen Einsatzkontingentes der European Union Force (EUFOR) ist es, die militärische Absicherung des Friedensvertrages von Dayton sicher zu stellen, die Volksgruppen von Feindseligkeiten abzuhalten und die Bewegungsfreiheit eigener Kräfte, internationaler Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen zu gewährleisten.
- Zudem steht in dieser Woche die Beschlussfassung über die **Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA** an. Der militärische Auftrag der Operation Active Endeavour (OAE) besteht darin, Bereiche des Mittelmeers zu überwachen und gleichzeitig Präsenz zu zeigen.
- Wir debattieren in dieser Woche über das **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2011**, in dem die Kommission ihre strategischen Prioritäten für das kommende Jahr niedergelegt hat. Diese sind die Festigung der Sozialen Marktwirtschaft in Europa über die Finanzkrise hinaus, die Wachstumsbelebung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die Fortsetzung der bürgernahen Agenda und die Verstärkung der Präsenz auf der internationalen Bühne.

- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Menschenrechtslage im Iran verbessern** befasst sich mit dem Stand der Menschenrechte, der sich in den vergangenen Jahren stetig verschlechtert hat.
- Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehenden **Fünften Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen** werden EU-Richtlinien zur Tabaksteuer in nationales Recht umgesetzt. Es handelt sich im Wesentlichen um technische Anpassungen an EU-rechtliche Vorgaben. Zusätzlich wird in dieses Gesetz auch die von der Koalition im Rahmen des Zukunftspaketes beschlossene moderate Erhöhung der Tabaksteuer aufgenommen.
- Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehenden **Gesetz zur Modernisierung des Benachrichtigungswesens in Nachlasssachen durch Schaffung des Zentralen Testamentsregisters bei der Bundesnotarkammer** werden Mängel im Benachrichtigungswesen für Nachlasssachen durch eine konsequente Modernisierung des Verfahrens behoben werden. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Schaffung eines Zentralen Testamentsregisters bei der Bundesnotarkammer.
- In zweiter und dritter Lesung steht das **Gesetz zur Umsetzung der Zweiten E-Geld-Richtlinie** zur Verabschiedung an. Das Hauptziel der Richtlinie besteht darin, EU-Vorschriften zu elektronischem Geld zu modernisieren und die Beaufsichtigung von E-Geld-Instituten an die im Rahmen der Zahlungsdiensterichtlinie geltenden Aufsichtsregelungen für Zahlungsinstitute anzupassen. Mit der Richtlinie soll zusätzlich ein einheitlicher Rechtsrahmen für die Ausgabe von elektronischem Geld im europäischen Binnenmarkt geschaffen werden.
- Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehenden **Gesetz zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Irland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer** wird die fiktive Anrechnung von Quellensteuern beseitigt, d.h. dass als gezahlt geltende ausländische Steuern nicht mehr auf deutsche Steu-

ern angerechnet werden können. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Änderungsprotokoll zu dem geltenden Doppelbesteuerungsabkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

- In zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Gesetz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in der Justiz und zur Änderung weiterer Vorschriften** verabschieden. Mit dem GE sollen die zur Richtlinienumsetzung erforderlichen kleinteiligen Anpassungen im deutschen Recht vorgenommen werden. Daneben werden weitere – nicht durch die Dienstleistungsrichtlinie gebotene – Änderungen im Berufs-, Verfahrens-, Gerichtsverfassungs-, Kosten- und Markenrecht vorgenommen, um aufgetretene Streitfragen zu lösen und das Markenrecht an geänderte internationale Vorgaben anzupassen.
- Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Siebte Gesetz zur Änderung des SGB II** beschließen (KdU 2011). Die Höhe der prozentualen Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2011 wird gesetzlich angepasst. Der Beteiligungssatz des Bundes wird für das Jahr 2011 für Baden-Württemberg auf 28,5 Prozent, für Rheinland-Pfalz auf 34,5 Prozent und für die übrigen Bundesländer auf 24,5 Prozent festgesetzt. Dies entspricht einer bundesdurchschnittlichen Höhe der Bundesbeteiligung von 25,1 Prozent.
- In erster Lesung beraten wir das **Gesetz zur Übertragung ehebezogener Regelungen im öffentlichen Dienstrecht auf Lebenspartnerschaften**. Es sieht die verfassungsrechtlich gebotenen Anpassungen im Recht des öffentlichen Dienstes vor und entspricht einer Vorgabe des Koalitionsvertrages.
- Nach dem in erster Lesung zur Beratung anstehenden **Gesetz zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht** können sich Journalisten künftig nicht mehr der Beihilfe zur Verletzung eines Dienstgeheimnisses strafbar machen, wenn sie ihnen vertraulich zugeleitetes Material veröffentlichen. Darüber hinaus wird der Beschlagnahmeschutz für Journalisten verstärkt. Künftig

wird eine Beschlagnahme nur noch bei einem dringenden Tatverdacht gegen den Journalisten möglich sein.

- Mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“** beauftragt der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission, insbesondere folgende Schwerpunkte zu untersuchen: Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft, Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindicators, Wachstum, Ressourcenverbrauch und techn. Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung, nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik, Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile.

### III. Daten und Fakten

- **Zahl der Pflegebedürftigen könnte bis 2050 auf 4,5 Millionen steigen.** Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamts werden in Deutschland im Jahr 2050 rund 4,5 Millionen Menschen und damit doppelt so viele wie derzeit **pflegebedürftig** sein. Als Ursache nannte das Bundesamt die steigende Lebenserwartung. Während in Deutschland im Jahr 2009 rund 4,1 Millionen über 80-Jährige lebten, wächst ihre Zahl den Prognosen zufolge bis 2030 auf 6,4 und bis 2050 auf 10,2 Millionen an. Unter der Annahme, dass sich das Pflegerisiko parallel zur gestiegenen Lebenserwartung in ein höheres Alter verschiebt, würde die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen laut Angaben des Statistischen Bundesamtes allerdings deutlich geringer, auf zunächst 3 Millionen im Jahr 2030 und 3,8 Millionen im Jahr 2050 steigen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Zahl der Studienanfänger erreicht Rekordhoch.** Im Studienjahr 2010 nahmen 442.600 Personen ein Studium an einer Hochschule in Deutschland auf, das sind 20.000 bzw. rund 4 % mehr als im vergangenen Jahr. Fast die Hälfte der Erstsemester (220.200) war weiblich. Der Anteil der Studienanfänger eines Jahrgangs betrug im Studienjahr 2010 46% und verzeichnete so gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 3%. Eine deutliche Steigerung konnten das

Saarland (+13%), Bayern (+9%) sowie Berlin und Nordrhein-Westfalen verbuchen. Dagegen sank die Zahl der Studienanfänger in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen (jeweils -9%) im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Im gerade begonnenen Wintersemester liegt die Studierendenzahl mit 2,2 Millionen um 5% über dem Stand des vorherigen. An Universitäten und vergleichbaren Hochschulen sind derzeit 1,5 Millionen (68%), an Fach- sowie Verwaltungsfachhochschulen 0,7 Millionen (32%) Studierende immatrikuliert.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Geschäftsklimaindex steigt auf Höchstwert.** Der Aufschwung setzt sich fort: Deutschlands Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftssituation und ihre Aussichten für die nächsten sechs Monate noch zuversichtlicher als dies bislang schon der Fall war. Dies zeigt der ifo-Geschäftsklimaindex, der im November um 1,6 Zähler auf 109,3 Punkte stieg und damit den höchsten je in Gesamtdeutschland gemessenen Wert erreichte. Dabei ist in allen vier befragten Branchen, dem verarbeitenden Gewerbe, dem Einzel- und Großhandel sowie dem Bauhauptgewerbe eine Verbesserung des Klimas eingetreten.

(Quelle: ifo – Institut für Wirtschaftsforschung)